

DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 13.02.2020

Fraktion	Betreff des DAes
KPÖ	Tarife für den öffentlichen Verkehr <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
KPÖ	Altstadtschutzkataster <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
FPÖ	Höheres Kontingent für die Grazer Grippe-Impfaktion <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
FPÖ	Wirtschaftsstandort Graz schützen – dem Klimaextremismus entgegenzutreten <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen FPÖ)</i>
Grüne	Fortbestand der Grazer Raritätenmärkte <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
SPÖ	AnrainerInnen-Status für HeimgärtnerInnen bei gebührenpflichtigen Parkzonen <i>Dringlichkeit mit Mehrheit angenommen (gegen Grüne), Abänderungsantrag mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ)</i>
SPÖ	Streikrecht für SchülerInnen <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
Neos	ApothekerInnen sollen impfen dürfen - Pilotregion Graz <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen Grüne, SPÖ, Neos)</i>



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 13. Februar 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: **Tarife für den öffentlichen Verkehr**

Die neue türkis-grüne Bundesregierung hat sich im Verkehrsbereich einige durchaus ambitionierte Ziele gesteckt. Eines davon ist das sogenannte 1-2-3-Ticket. Für ein Bundesland sollen alle öffentlichen Verkehrsmittel um € 1,- pro Tag angeboten werden, die Gültigkeit des Tickets kann auf zwei Bundesländer für € 2,- und auf das gesamte Bundesgebiet für € 3,- pro Tag ausgedehnt werden. Die meisten Bundesländer und Verkehrsverbände haben bereits Zustimmung zu diesem Plan signalisiert, so auch der steirische Verkehrsverbund sowie der steirische Verkehrslandesrat.

Es ist jedoch zu erwarten, dass sich die Verhandlungen darüber noch etwas in die Länge ziehen werden, geht es doch schließlich auch um die Finanzierung dieses Tickets, aber auch um die Attraktivierung des Öffentlichen Verkehrs insgesamt. Hier gibt es noch viele offene Fragen.

Dass die öffentlichen Verkehrsmittel für ihre BenutzerInnen oftmals zu teuer sind, hören wir immer wieder. Dabei handelt es sich um eine berechtigte Kritik.

Die Stadt Graz geht hier mit gutem Beispiel voran. Mit der Zuzahlung zur Jahreskarte seit 2015 konnten durch die spürbare Entlastung der Öffi-Nutzer zahlreiche neue Kunden und Kundinnen gewonnen werden. Das ist jedenfalls ein Schritt in die richtige Richtung.

Gleichzeitig ist es aber leider so, dass der steirische Verkehrsverbund Jahr für Jahr seine Tarife erhöht, und zwar um das 1,5fache der Inflationsrate. Eine neuerliche Erhöhung wäre nunmehr ein falsches Signal an die Bevölkerung.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht seine Mitglieder im Lenkungsausschuss des steirischen Verkehrsverbunds zu prüfen, mit welchen finanziellen Auswirkungen für die Stadt Graz es verbunden wäre, wenn der steirische Verkehrsverbund in diesem Jahr keine Tariferhöhungen vornehmen würde.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 13. Februar 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: **Altstadtschutzkataster**

Seit 1. Dezember 1999 befindet sich die Grazer Altstadt auf der ehrenwerten Liste von weltweit rund 900 UNESCO-Weltkulturerbestätten – eine Auszeichnung mit großer Bedeutung für Graz! Für Graz ist damit aber auch die Verpflichtung verbunden, dass das historische Erbe einer vielfältigen Baukultur von der Gotik bis hin zum 21. Jahrhundert erhalten werden muss. Zeitgenössische Baukultur, welche ja auch nicht abzulehnen ist, sollte sich jedoch harmonisch in vorhandene Baukultur einfügen und das vorhandene Bauensemble charakterlich ergänzen. Gerade dieser typische Ortsbildcharakter zeichnet Graz aus. Ein Ensemble aus historisch gewachsenen Gebäuden, Villen und Einfamilienhäusern mit viel Grün, Bäumen und Gärten macht unsere Stadt zu einer der schönsten und lebenswertesten Städte Österreichs.

Leider gefährden in letzter Zeit immer mehr nicht zum schützenswerten Ortsbildcharakter passende Bauprojekte diese Einzigartigkeit. So werden immer mehr Bebauungspläne präsentiert, welche nicht zu den verschiedenen Baucharakteristiken unserer Stadt passen. Anstatt alte Bausünden wieder rückgängig zu machen, gehen die Zerstörung von letzten Grünöasen durch Bebauung sowie die Verdichtung durch Neubauten unvermindert weiter.

Bereits im Jahre 2010 hat mein Stadtplanungsausschuss-Kollege Georg Topf (ÖVP) den Dringlichkeitsantrag gestellt, „schützenswerte Bau- und Flächensubstanz“ zu ermitteln und die Erarbeitung bzw. Erstellung eines Altstadtschutzkatasters ehebaldigst in die Wege zu leiten. Als die Umsetzung auf sich warten ließ, hat mein KPÖ-Gemeinderatskollege, Herr Mag. Andreas Fabisch, im Jahr 2016 einen weiteren Dringlichkeitsantrag in dieser Angelegenheit gestellt, um dieses wichtige Anliegen erneut in Erinnerung zu rufen. Grundtenor der beiden Anträge war und ist, dass immer mehr historische Gebäude, die weder in der Altstadtschutzzone liegen noch denkmalgeschützt sind, abgerissen werden, um nicht ins Ortsbildensemble passende Gebäude zu errichten.

Beide Anträge sind einstimmig hier im Grazer Gemeinderat beschlossen worden, da offensichtlich allen Fraktionen der Erhalt und Schutz von alten, historischen Gebäuden als wichtig erscheint und auch ein einheitliches städtebauliches Bau-Ensemble für den typischen Ortsbildcharakter unabdingbar ist. Der entscheidende, wichtige Schritt, um der negativen

Entwicklung Einhalt zu gebieten, ist jedoch bisher leider nicht wirklich passiert, nämlich die Umsetzung!

Eine über die gesetzlichen Anforderungen hinausreichende Auflistung schutzwürdiger Objekte zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Stadtplanung ist mehr denn je vonnöten.

Daher stelle ich namens der KPÖ folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat möge die Stadtbaudirektion beauftragen, unter Einbindung des Bundesdenkmalamtes, der ASVK, der Bau- und Raumordnungsausschussmitglieder und der Bezirksvertretungen, eventuell auch der Abteilung für Tourismus sowie relevanter Bürgerinitiativen, Kriterien zur Erstellung eines Katasters betreffend „schützenswerte Bau- und Flächensubstanz“ zu erarbeiten und die Umsetzung eines Altstadtschutzkatasters noch im März 2020 in die Wege zu leiten.

Mag. Astrid Schleicher
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 12. Februar 2020

Betreff: Höheres Kontingent für die Grazer Grippe- Impfkation
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Grippewelle hat uns in Graz fest im Griff. Etwa 1050 Steirer sind an der echten Grippe erkrankt. 110 Kinder und Jugendliche sind mit der Diagnose „Echte Grippe“ bisher sogar im Grazer Kinder-Klinikum stationär aufgenommen worden. Was dagegen helfen könnte, ist eine Grippe-Impfung. Im Gesundheitsamt der Stadt Graz können sich Grazer normalerweise gegen die Grippe impfen lassen. Der Vorteil für die Grazer, es ist nur ein vergünstigter Impfstoff um elf bzw. zwölf Euro und kein Ärzte-Honorar zu zahlen. D.h. dieser Service der Stadt ist vor allem für sozial schwächere Menschen von großem Wert.

Im vorangegangenen Impfstoffjahr lag die Durchimpfungsrate auf einem Tiefststand von nur sechs Prozent und trotz generellen Impfkampagnen von Bund und Land wurde nur die gleiche Impfstoffmenge für das Impfstoffjahr 2019 bestellt. Wie hinlänglich bekannt, ist dem Gesundheitsamt bereits im November 2019 der Impfstoff ausgegangen obwohl eine Grippeimpfung jährlich, am besten im Oktober oder November vorgenommen werden soll.

Ein betroffener Grazer war in gutem Glauben am 27.11.2019 im Amtshaus, um sich gegen Grippe impfen zu lassen. Die Einladung zur Grippeimpfung hatte er ein paar Tage zuvor per Post vom Amt bekommen, obwohl schon kein Impfstoff mehr vorrätig war. Den Grazer wird derzeit von Amts wegen geraten, den Impfstoff zum Normalpreis in der Apotheke zu holen und sich beim Hausarzt kostenpflichtig impfen zu lassen.

Vor allem ältere Menschen, chronisch Kranke und immungeschwächte Personen gehören zur Risikogruppe für die Grippe und für diese sowieso gesundheitlich benachteiligte Bevölkerungsgruppe stellt die Einladungspraxis und das Ausgehen des Impfstoffes ein erhebliches Problem dar. Hinzukommend ist der Vertrauensverlust, den die Stadt Graz erlitten hat, wenn eine beworbene Maßnahme wie die Grippeimpfung durch fehlende Ressourcen nicht für alle Grazer durchgeführt werden kann.

Daher ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der zuständige Stadtrat Mag. Robert Krotzer wird aufgefordert bis zur nächsten Gemeinderatssitzung ein entsprechendes Konzept zur Lösung des im Motivenbericht geschilderten Missstandes zu erarbeiten sodass die beworbene Serviceleistung auch von den Grazern abgerufen werden kann.

Klubobmann Mag. Armin Sippel, MPA
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 12. Februar 2020

Betreff: Wirtschaftsstandort Graz schützen - dem Klimaextremismus entgegenzutreten
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Eine unangemeldete Aktion des radikalen Klimabündnisses „System Change, not Climate Change“ bei Magna hat vergangene Woche die Wogen hochgehen lassen. Insgesamt haben laut eigenen Angaben 150 Klimaaktivisten dabei sowohl die Liebenauer Hauptstraße als auch die Einfahrtstore der Firma Magna blockiert.

Erst nach drei Stunden konnte die illegale Blockade-Aktion von der Polizei aufgelöst werden.

Magna ist einer der größten Arbeitgeber des Landes und leistet daher auch einen großen Beitrag zum Kommunalsteuer- Aufkommen der Stadt Graz.

Radikaler politischer Aktivismus, der im Namen des Klimaschutzes versucht, direkt auf die Produktionsstandorte von Unternehmen einzuwirken und damit Arbeitsplätze gefährdet, darf in dieser Stadt keinen Platz haben. Jede Störung des Betriebsablaufes kann schwerwiegende Auswirkungen haben.

Bereits am 17. Jänner 2020 blockierten Aktivisten der ebenfalls als radikal einzustufenden Gruppe „Extinction Rebellion“ die Tore bei Siemens Graz und stören seitdem regelmäßig mit „Mahnwachen“ den Betrieb.

Es darf nicht sein, dass Leitbetriebe, die sehr vielen Grazern ein sicheres und gutes Einkommen garantieren, zum Angriffsziel von politischen Extremisten werden. Der Wirtschaftsstandort Graz braucht daher mehr denn je die Unterstützung und den Schutz aller politischer Entscheidungsträger.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- Der Gemeinderat und alle darin vertretenen Parteien sprechen sich gegen jegliche Form von extremen Aktivismus aus, der dem Wirtschaftsstandort Graz Schaden zufügt und die Gefährdung von Arbeitsplätzen in Kauf nimmt.
- Solidaritätsbekundungen zu solchen Aktionen durch offizielle Amtsträger der Stadt werden abgelehnt.
- Die Stadt Graz prüft bei Bedarf gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen rechtliche Möglichkeiten, um sich in Zukunft bei Aktionen dieser Art an den Aktivisten und deren Organisationen schadlos zu halten.



Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 13. Februar 2020

von

KO Stvⁱⁿ GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: Fortbestand der Grazer Raritätenmärkte

Die Tradition der internationalen bekannten Grazer Raritätenmärkte, die vier Mal im Jahr unter den Namen Mitfastenmarkt, Portiunkulamarkt, Ägydimarkt und eben Andrämarkt in Graz stattfanden, reicht bis ins Mittelalter zurück. Aufgrund eines Bauprojekts am ehemaligen Messeparkplatz gegenüber der Grazer Messe ist der Raritätenmarkt aktuell auf der Suche nach einem neuen Standort.

Dem Vernehmen nach gibt es nun für den bevorstehenden Mitfastenmarkt eine provisorische Lösung: er soll am 14. März in verkleinerter Form und nur eintägig am Mariahilferplatz stattfinden. Für die weiteren Markttermine dieses Jahres fehlt allerdings noch ein Ort, damit diese Grazer Tradition gesichert ohne Unterbrechung weiterbestehen kann.

In Beantwortung meiner Frage im Gemeinderat vom Jänner 2020 heißt es: „Wir sind um einen vernünftigen und guten Ersatz für den alten „Grazer Raritätenmarkt“ bemüht“. In der Agenda 22 der Grazer Koalition heißt es: „Die Grazer Raritätenmärkte sollen durch Märkte mit mehr Qualität, mehr Charme, zentraler Lage und möglichem Rahmenprogramm neu organisiert werden.“

Um die Tradition aufrecht zu erhalten und dem Wunsch vieler Grazerinnen und Grazer nach dem Fortbestand der Traditionsmärkte nachzukommen, brauchen wir dringend eine Lösung!

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu Tradition und Fortbestand der Grazer Raritätenmärkte.
2. Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, für die Raritätenmärkte ehebaldig einen neuen fixen Standort zu finden, damit der Portiunkulamarkt im Sommer 2020 bereits am neuen Standort stattfinden kann.
3. Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, ein Konzept zur Weiterführung und möglichen Neupositionierung der Grazer Raritätenmärkte zu entwickeln und dem Gemeinderat im Mai 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Betreff: AnrainerInnen-Status für
HeimgärtnerInnen bei
gebührenpflichtigen Parkzonen



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 13. Februar 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In wenigen Wochen beginnt wieder die Heimgarten-Saison – und damit setzt sich eine Problematik fort, von der viele HeimgärtnerInnen seit Jahren betroffen sind: Es geht um die, im Übrigen immer mehr werdenden gebührenpflichtigen blauen und grünen Zonen im Umfeld von Heimgärten, die vielen unserer begeisterten KleingärtnerInnen Kummer bereiten, wie ich bereits in einer Anfrage am 11. April des Vorjahres eindringlich hingewiesen habe.

Selbstverständlich wollen wir alle – im Sinne der sanften Mobilität – einen weitgehenden Umstieg vom motorisierten Individualverkehr (MIV) auf den öffentlichen Verkehr. Aber nicht immer und überall sind Bus, Tram oder Lastenfahrrad zweckmäßig. Gerade HeimgärtnerInnen, deren Kleingärten sich meist nicht gleich um die Ecke, sondern häufig in einem anderen Stadtbezirk befinden, sind davon betroffen: Denn für schweres Gartengerät, Erde, Pflanzen, diverse Gartenausstattung, Kinder samt Spielzeug, Grillgut und Holzkohle und die betagte Oma braucht man ein Auto. Und dann wird es in den gebührenpflichtigen Parkzonen teuer. Andererseits wäre ein Antransport hin zum Heimgarten mit dem Auto, dann retour nach Hause, um mit dem Öffi wieder zum Heimgarten zu fahren und abends dann vielleicht dieselbe Prozedur nochmals, auch nicht wirklich umweltfreundlich.

Alles gute Gründe, warum ich im April des Vorjahres anregte, einem Wunsch vieler HeimgärtnerInnen nachzukommen und ihnen ermäßigte Parkmöglichkeiten – etwa in Verbindung mit der Zuerkennung eines AnrainerInnenstatus – zu gewähren. Die Antwort war leider ernüchternd und ergab – kurz zusammengefasst – mit Hinweis auf das Steiermärkische Parkgebührengesetz und die Grazer Parkgebührenverordnung ein „geht nicht“.

Nun sollten sich im Sinne eines serviceorientierten Vorgehens Verwaltung wie auch Politik nicht primär darauf beschränken, BürgerInnen wortreich zu erklären, warum etwas nicht geht, sondern – wo immer dies Sinn macht, vertretbar ist und zweckmäßig erscheint, nach Wegen zu suchen, wie das eine oder

andere ja vielleicht doch ermöglicht werden könnte. Und gerade HeimgärtnerInnen trifft diese Parkgebühr besonders, sie verdienen diese Bemühungen - reden wir da doch nicht von Villen- und PenthousebesitzerInnen, sondern meist von Familien mit Kindern, von SeniorInnen und von Menschen, die nicht über die finanziellen Mittel verfügen, sich ein Freizeit- oder Wochenend-Domizil in der Hochsteiermark, in der Weingegend, der Themenregion oder auf Ibiza zu leisten.

Möglichkeiten für Ausnahmeregelungen für HeimgärtnerInnen in Parkzonen scheint es ja zu geben – zumindest hat Wien eine solche gefunden. Und auch wenn Wien anders sein mag und Wiener Kleingärten nicht in jeder Hinsicht mit den Grazer Heimgärten zu vergleichen sind, so ist der Wiener Weg durchaus bemerkenswert: In Wien können HeimgärtnerInnen, die ihren Hauptwohnsitz in Wien haben, über eine Nebenwohnsitz-Lösung für gebührenpflichtige Parkzonen ein Saison-Parkpickerl für die Zeit zwischen März und Oktober – also explizit für die Gartensaison – beantragen.

Dies sollte sich auch die Stadt Graz als Vorbild nehmen und nach heimgärtnerInnengerechten Lösungsansätzen suchen – sei es im Rahmen der Grazer Parkgebührenordnung, sei es im Bedarfsfall in Form einer Petition an den Landesgesetzgeber, um unseren HeimgärtnerInnen betreffend gebührenpflichtige Parkzonen einen ähnlichen AnrainerInnenstatus oder eine andere Art der Ausnahmeregelung zuerkennen zu können.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden beauftragt, im Sinne des Motivenberichtes zu prüfen, wie Grazer HeimgärtnerInnen für Kleingartenanlagen, die in gebührenpflichtigen Parkzonen liegen, ein AnrainerInnenstatus oder in vergleichbarer Form zumindest vergünstigte Parkmöglichkeiten für die Gartensaison zuerkannt werden können. Dem Gemeinderat ist bis spätestens April dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen.

ABÄNDERUNGSANTRAG

Betr.: Abänderungsantrag zum DA der SPÖ, eingebracht von Herrn
KO Michael Ehmann, betreffend Anrainerstatus für Heimgärtner bei
gebührenpflichtigen Parkzonen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den

Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die zuständige Abteilung der Stadt Graz wird beauftragt, bis April dieses Jahres bei allen Grazer Heimgartenanlagen die Parkmöglichkeiten im Umfeld zu evaluieren und dort, wo keine Parkplätze für PKW und Fahrräder zur Verfügung stehen, die Schaffung von Parkraum zu prüfen.

Graz, 13. Februar 2020

DRINGLICHER ANTRAG

eingbracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 13. Februar 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

„Ich habe gelernt, dass man nie zu klein dafür ist, einen Unterschied zu machen“. Diese Worte stammen von der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg. Und seit über einem Jahr beweist sie, dass diese Aussage stimmt. Durch ihre Aktionen und Auftritte hat sie es geschafft, weltweit vor allem junge Menschen zu mobilisieren für ihre Zukunft zu kämpfen. Denn diese Zukunft wird von der Untätigkeit vieler Regierungen und dem Profitgedanken einiger Großkonzerne bald für immer zerstört sein, wenn wir nicht endlich etwas gegen die Klimakrise tun.

Mit ihrem eigenen Klimastreik hat die junge Schwedin nicht nur SchülerInnen auf der ganzen Welt inspiriert, sondern auch viel riskiert. Sie selbst hat oft gesagt, dass sie eigentlich lieber in der Schule wäre und sich auf ihre Ausbildung konzentrieren würde. Doch die Untätigkeit der PolitikerInnen hat sie dazu gezwungen, aktiv zu werden. Es ist ihr und der dadurch entstandenen weltweiten Bewegung jedoch gelungen, die Klimakrise zu einem zentralen Thema der Politik zu machen. Immer mehr Menschen wird bewusst, dass unser derzeitiges Wirtschaftssystem, unsere Produktionsweise, die nur auf Gier und Ausbeutung von Mensch und Umwelt basiert, unweigerlich zur Zerstörung unseres Planeten und unserer Lebensgrundlage führen werden, wenn wir nicht handeln und sie aufhalten.

Die Veränderungen, die wir brauchen um diese Klimakrise aufzuhalten, werden nicht von alleine kommen und nicht weil SchülerInnen höflich darum bitten. Es sind vor allem SchülerInnen, die im Rahmen der Fridays4Future-Bewegung dafür sorgen, dass das Bewusstsein für die Klimakrise immer weiter wächst und PolitikerInnen sich nicht länger vor ihrer Verantwortung verstecken können. Und dabei haben viele SchülerInnen auch in Graz oft mit schulischen Konsequenzen zu rechnen, wenn sie sich für die Zukunft von uns allen einsetzen. Seit genau einem Jahr finden nun in Graz Klimastreiks statt, organisiert von Grazer SchülerInnen selbst. Dabei verdienen sie unsere volle Unterstützung und Solidarität.

Deshalb stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge an den Bundesgesetzgeber am Petitionswege herantreten, um die Möglichkeit der gesetzlichen Einräumung eines Streikrechts auch für SchülerInnen zu prüfen.



Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 13. Februar 2019
eingebracht von **Nikolaus Swatek**

Betrifft: Apotheker_Innen sollen impfen dürfen - Pilotregion Graz

Impfungen gehören zu den wirksamsten vorbeugenden Maßnahmen der Medizin. Vorrangiges Ziel von Impfungen ist es, Menschen vor lebensbedrohlichen Erkrankungen zu schützen und die Ausbreitung von Infektionskrankheiten zu verhindern bzw. langfristig Krankheiten regional und weltweit auszurotten.

Trotz aller Bemühungen in der Vergangenheit ist die Durchimpfungsrate der Gesamtbevölkerung bei vielen Krankheiten nach wie vor zu niedrig, um den wichtigen Herdenschutz zu gewährleisten bzw. um Krankheiten wirklich auszurotten. Nur wenn die meisten gegen solche Erkrankungen geimpft sind, sind auch jene sicher, die nicht geimpft werden können, wie zum Beispiel Säuglinge oder immunschwache Personen. Daher sind von der österreichischen Politik unbedingt weitere Maßnahmen zu setzen, um Probleme im Bereich Impfen nachhaltig anzugehen und um bestehende Impflücken in der Bevölkerung zu schließen.

Besorgniserregend niedrig ist die Durchimpfungsrate besonders bei der Grippe. Nur neun Prozent der ÖsterreicherInnen lassen sich jährlich gegen Influenzaviren impfen. Bei der Risikogruppe von Menschen ab 65 sind nur 20% gegen Grippe geimpft. Das liegt erheblich unter dem EU-Durchschnitt von 44% und ist deutlich entfernt von dem WHO Ziel von 75%! (Quelle: State of Health in the EU - Österreich Länderprofil 2019, OECD August 2019).

Für eine Steigerung der Durchimpfungsraten braucht es ein umfassendes Maßnahmenpaket. Dazu zählt auch ein möglichst niederschwelliger Zugang zu Impfungen, besonders für jene, die nicht vom kostenfreien Impfprogramm erfasst werden. Eine Möglichkeit, die bereits in einigen europäischen Ländern erprobt wird oder teilweise sogar im Regelbetrieb läuft, ist die Impfung von gesunden Erwachsenen durch geschultes Personal in Apotheken. In Frankreich hat sich dies besonders positiv bei den Durchimpfungsraten für Influenza ausgewirkt.

In Österreich wird diese Idee bereits diskutiert, allerdings fehlen noch die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen und der politische Wille zur Umsetzung. Um die Tauglichkeit dieser Maßnahme für das österreichische Gesundheitssystem zu erproben, erscheint eine Testphase in einzelnen Regionen mit Impfungen gegen saisonale Erreger wie Influenza oder FSME sinnvoll.

Die Stadt Graz sollte hier Vorreiter sein, sich gegenüber der Bundesregierung für die Schaffung der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für Impfungen in der Apotheke einsetzen und sich darüber hinaus auch als Pilotregion bewerben. Es ist unsere gesundheitspolitische Verantwortung, alles zu tun, um die wirksamsten vorbeugenden Maßnahmen möglichst niederschwellig anzubieten. Dies vor allem bei hochansteckenden Erkrankungen mit oft schwerem Verlauf.

Gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

dringlichen Antrag,

dass der Gemeinderat der Stadt Graz beschließen wolle:

Der Bundesgesetzgeber wird mittels Petition dazu ersucht, sich für die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für ausgewählte Impfungen von gesunden Erwachsenen durch geschultes Personal in Apotheken einzusetzen. Darüber hinaus bewirbt sich die Stadt Graz als Modellregion für Impfungen - in der Pilotphase beschränkt auf saisonale Impfungen wie Influenza oder FSME - in der Apotheke.